



---

## **Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

8. Sitzung (nicht öffentlich)

6. März 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.50 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenograph(inn)en: Dr. Hildegard Müller, Wolfgang Theberath (Federführung)

### **Verhandlungspunkt und Ergebnisse:**

#### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/400

Einzelplan 08 - Bereiche Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorlagen 12/239, 12/240 und 12/254

- Schlußberatung, Anträge und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der **Ausschuß** stimmt über die diesem Protokoll als Anlage beigefügten Anträge mit folgenden Ergebnissen ab:

**Antrag Nr. 1** (SPD/GRÜNE) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

**Antrag Nr. 2** (SPD/GRÜNE) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

- Antrag Nr. 3** (CDU) wird in abgeänderter Fassung - Kürzungsbetrag: 3,5 Millionen DM - mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN **abgelehnt**.
- Antrag Nr. 4** (CDU) wird von der CDU **zurückgezogen**.
- Antrag Nr. 14** (SPD/GRÜNE) wird mit der in Vorlage 12/423 (Neudruck) bei Antrag 13 aufgeführten Begründung einstimmig **angenommen**.
- Antrag Nr. 5** (CDU) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN **abgelehnt**.
- Antrag Nr. 6** (SPD/GRÜNE) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.
- Antrag Nr. 12** (SPD/GRÜNE) wird einstimmig **angenommen**.
- Antrag Nr. 7** (CDU) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.
- Antrag Nr. 8** (CDU) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.
- Antrag Nr. 9** (SPD/GRÜNE) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.
- Antrag Nr. 10** (CDU) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.
- Antrag Nr. 11** (SPD/GRÜNE) wird einstimmig **angenommen**.
- Antrag Nr. 13** (CDU) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.
- Antrag Nr. 15** (CDU) wird von der CDU **zurückgezogen**.
- Antrag Nr. 16** (CDU) wird mit Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 08 - Bereich Wirtschaft - unter Einbeziehung der Ergänzungsvorlage Drucksache 12/690 und der zuvor angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

**Nächste Sitzung:** 17. April 1996

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

**Vorsitzende Hannelore Brüning** teilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten habe den Wirtschaftsausschuß sowie drei weitere Ausschüsse darüber informiert, daß eine öffentliche Anhörung zum Thema "Problematik der Berufsfindung und Ausbildung junger Migrantinnen und Migranten" durchgeführt werde. Der genaue Zeitpunkt liege noch nicht fest. Heute müsse entschieden werden, ob und in welcher Weise man sich an der Anhörung beteiligen wolle, da auch der Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsausschusses berührt werde. Sie weist darauf hin, daß die Beteiligung anderer Ausschüsse nicht zwingend sei, da es sich bei diesem Thema nicht um einen vom Landtag überwiesenen Komplex handle. Sie schlägt eine freiwillige Beteiligung der Mitglieder dieses Ausschusses an der Anhörung vor; das Ausschußprotokoll über die Anhörung solle den Ausschußmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Ansonsten müsse heute beschlossen werden, inwieweit sich der Wirtschaftsausschuß bei der Festlegung des Teilnehmerkreises und des Fragenkataloges beteilige.

Die Ausschußmitglieder sprechen sich für eine Beteiligung auf freiwilliger Basis aus.

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/400

Einzelplan 08 - Bereiche Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorlagen 12/239, 12/240 und 12/254

- Schlußberatung, Anträge und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Zunächst macht **Vorsitzende Hannelore Brüning** darauf aufmerksam, daß die ursprünglich für den 28.02.1996 vorgesehene Sitzung auf heute verschoben worden sei. Daher könne die in der Geschäftsordnung vorgesehene Berichtsfrist, der 1. März 1996, gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuß nicht eingehalten werden. Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses habe ihr mitgeteilt, daß er keine andere Möglichkeit sehe, als dem Haushalts- und Finanzausschuß vorzuschlagen, den Bericht des Wirtschaftsausschusses nicht in die abschließende Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung einzubeziehen. Die Vorsitzende weist ausdrücklich darauf hin, dies bedeute, daß die vom Wirtschaftsausschuß behandelten Anträge von den Fraktionen erneut im Haushalts- und Finanzausschuß gestellt werden müßten.

(Die Liste der Anträge der Fraktionen ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt. - Die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Anträgen sind ausschließlich im Beschlußprotokoll aufgeführt.)

### **Antrag Nr. 1 (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

#### **Kapitel 08 030 Titel 653 10 - Förderung von örtlichen und regionalen wirtschaftspolitischen Initiativen**

#### **Erhöhung des Ansatzes von 540 000 DM um 1 Million DM**

**Dr. Manfred Busch (GRÜNE)** führt aus, es handle sich um die Förderung regionaler Entwicklungskonzepte, die auf lokaler und regionaler Ebene die Maßnahmen zur Förderung gewerblicher Investitionen, der Qualifizierung, des Ausbaus wirtschaftsnaher Infrastruktur koordinieren sollten. Hierzu müsse es eine Impulsförderung vom Land geben, da die Mittel auf kommunaler Ebene nicht ausreichen und die Hemmnisse, solche Konzepte aufzustellen, zu groß seien. Durch die Bereitstellung einer weiteren Million erhoffe man sich einen Anstoß. Dabei sollten die regionalen Entwicklungskonzepte, wie sie von der Landesregierung schon seit einiger Zeit vorlägen, stärker an lokale und regionale Spezifika anknüpfen und diese nutzen.

Auf die Frage von **Laurenz Meyer (CDU)** an die Regierung, ob bisher regionale Entwicklungskonzepte gescheitert seien, weil kein Geld zur Verfügung gestanden habe, antwortet **Dr. Manfred Busch (GRÜNE)**, daß es sich hier um ein Problem der Art "Wer ist zuerst da gewesen: Die Henne oder das Ei?" handle. Durch die Bereitstellung eines solchen Topfes solle für die Kommunen ein Anstoß gegeben werden, konkrete Projekte zu konzipieren. Wenn sich ein positiver Effekt einstellen sollte, könne im nächsten Jahr über eine Erhöhung dieses Titels gesprochen werden.

Auf die Nachfrage von **Ilka Keller (CDU)** führt **MD Thomalla (MWMTV)** einige Projekte an, die im vergangenen Jahr aus den bisherigen Mitteln gefördert worden seien. Es handle sich in der Regel um Studien oder Workshops, die eine Verbindung zwischen Branchen- und Regionalproblematik herstellten. Er führt folgende Beispiele an:

- stärkere Verzahnung der Holzwirtschaft und der Möbelindustrie im Westmünsterland und in angrenzenden Gebieten,
- Bildung einer regionalen Gemeinschaftsinitiative zur Entwicklung des holzwirtschaftlichen Maschinenbaus in der Region Ostwestfalen-Lippe,
- Konzept für Nachfolgenutzungen des Militärflughafens in Rheine-Hopsten,
- Branchenworkshop in Bielefeld zum Thema "Metallindustrie",
- die Bildung einer regionalen Gemeinschaftsinitiative zur Entwicklung der niederbirgischen Schloß- und Beschlagindustrie und ihres Umfeldes.

Diese Projekte hätten die Grundlage für die Entwicklung von Folgeprojekten gelegt. Aus der erwähnten regionalen Gemeinschaftsinitiative zur Entwicklung der Beschlagindustrie habe sich beispielsweise ein Verbundprojekt entwickelt, an dem elf Unternehmen beteiligt seien, deren Unternehmensentwicklung davon positiv beeinflusst worden sei. Es gäbe noch mehr Beispiele; soweit er sich erinnern könne, habe er dem Ausschuß eine Liste aller im letzten Jahr geförderten Projekte übermittelt.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** ergänzt, daß in der Vergangenheit an den regionalen Entwicklungskonzepten, die die Landesregierung in Auftrag gegeben habe, kritisiert worden sei, daß die jeweils unterschiedlichen spezifisch endogenen Potentiale der Regionen nicht ausreichend herausgearbeitet worden seien. Dies solle nun stärker berücksichtigt werden. Sie verweist dabei besonders auf die Problematik der Frauenbeschäftigung und der Frauenunternehmerinnentätigkeit in den Regionen.

**Fritz Kollorz (CDU)** macht darauf aufmerksam, daß 1994 für diesen Titel 342 000 DM ausgegeben worden seien. Für 1995 sei zunächst ein Haushaltsansatz von 600 000 DM vorgesehen gewesen, der auf 540 000 DM gekürzt worden sei. Er fragt, ob die ungenutzten Potentiale wirklich so groß seien, daß eine Erhöhung um 1 Million DM gerechtfertigt sei.

**Dr. Manfred Busch (GRÜNE)** führt aus, im ganzen Land gebe es große Potentiale, die durch Koordinierung der Verantwortlichen, Beratung, Information, Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis die Rentabilität und die Zusammenarbeit von Unternehmen verbessern und Arbeitplatzeffekte erzielen könnten. Deshalb sollten Anreize geschaffen werden, das entsprechende Know-how zu erlangen. Es reiche vielleicht aus, die entsprechenden Leute zusammenzubringen, eine Studie in Auftrag zu geben usw., das müsse im einzelnen nicht teuer sein. Mit der Erhöhung des Titels werde jedoch nur ein kleiner Teil der Bereiche abgedeckt, in denen man politisch tätig werden könnte. Er halte es für sinnvoller, an dieser Stelle 1 Million DM einzusetzen als 100 Millionen DM für einzelne Ansiedlungsprojekte.

**Bodo Hombach (SPD)** geht ebenfalls auf die Frage von Fritz Kollorz (CDU) ein und berichtet, daß er bei seinen Reisen durchs Land festgestellt habe, daß diese Initiativen des Landes zwischen Kammern, in vielen Fällen mit den Gewerkschaften und in der Regel mit den Arbeitgeberverbänden ein vernünftiges Instrument gewesen seien, um eine Verzahnung zwischen der regionalisierten Strukturpolitik und einer stärker branchenorientierten Politik zu schaffen. Ein Haushalt sei auch ein Steuerungsinstrument. Andere Regionen, andere Branchen hätten wegen der guten Ergebnisse Interesse, mit ähnlichem Instrumentarium Wirtschaftspolitik zu machen. Er halte das für einen förderungswürdigen Ansatz, der allerdings aus anderen Etatansätzen mit unterstützt werden müsse, wenn die Initiativen das gewünschte Volumen erreicht hätten. Er sei sicher, daß dieses Thema nicht kontrovers diskutiert würde, wenn man sich vor Ort über bereits durchgeführte Projekte informierte.

**Laurenz Meyer (CDU)** weist darauf hin, daß die Verschuldung des Landes um diesen neuen Haushaltsansatz steige. Dies halte er nur für gerechtfertigt, wenn es unbedingt erforderlich sei. Er bittet das Ministerium um Aufklärung, ob in diesem Zusammenhang Beispiele für Ablehnungen aus Finanzmangel vorlägen.

**Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr Wolfgang Clement** ist der Meinung, daß dies nicht die richtige Fragestellung sei. Vielmehr müsse man sich fragen, ob man mit diesen Mitteln Unternehmen stabilisieren und möglicherweise sogar neue Arbeitsplätze schaffen könne. Es sei nicht zu bestreiten, daß diese Mittel Unternehmen stabilisierten. Insgesamt handele es sich um einen vernünftigen Ansatz, da es in diesen Bereichen oft an der notwendigen Fähigkeit, miteinander umzugehen, fehle.

**Bodo Hombach (SPD)** legt dar, daß er das Vorgehen Laurenz Meyers, die Regierung ständig zu fragen, was sie mit diesem Geld machen wolle, parlamentarisch nicht akzeptieren könne. Das Budget zu beschließen, sei das höchste Recht des Parlaments. Wenn zwei Fraktionen nach reiflicher Überlegung einen begründeten Antrag einbrächten und dieser beschlossen würde, dann müsse die Regierung nach den Vorgaben des Parlamentes damit arbeiten. Es dürfe kein Rollentausch stattfinden.

**Laurenz Meyer (CDU)** entgegnet, die Selbständigkeit des Parlaments sei keineswegs betroffen. Er wolle lediglich verhindern, daß Geld sinnlos für nicht genügend definierte Projekte - nach dem Motto: Wenn das Geld erstmal da ist, sehen wir weiter - ausgegeben werde.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** betont noch einmal gegenüber Laurenz Meyer, daß die Eigeninitiative der Regionen durch diese Mittel gestärkt werden solle, insbesondere die Eigeninitiative der Unternehmer und Unternehmerinnen in kleinen und mittleren Unternehmen. Sie habe bisher aus seinen Äußerungen im Plenum und im Wirtschaftsausschuß immer geschlossen, daß auch er dieses Ziel unterstütze. Wenn dies nicht der Fall sei, sei das sehr bedauerlich für eine Partei wie die CDU.

**Wilfried Bergerhoff (SPD)** fügt ergänzend an, daß im Oberbergischen ein Verbund zwischen Edelstahlbetrieben in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft stattgefunden habe, der sehr gute Ergebnisse gebracht habe. Er verweist außerdem auf einen alten Antrag der CDU, in dem diese unter anderem unter Punkt 5 "Förderung von Verbundinitiativen und Projekten im Rahmen ..." 50 Millionen DM gefordert habe.

**Laurenz Meyer (CDU)** erwidert, daß Initiativen, wie sie hier interpretiert worden seien, damit überhaupt nichts zu tun hätten und nicht unter diesen Haushaltstitel gehörten.

**Antrag Nr. 2 (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Kapitel 08 030 Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH****Erhöhung des Ansatzes von 22 479 300 DM um 1 Million DM**

und

**Antrag Nr. 3 (CDU)****Kapitel 08 030 Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH****Kürzung des Ansatzes von 22 479 300 DM um 4 500 000 DM**

**Bodo Hombach (SPD)** macht deutlich, daß man die Absicht habe, sich im Ausschuß auf ein gemeinsames Konzept zu einigen. Er verweist auf die vorliegende schriftliche Begründung des Antrags Nr. 2, weshalb eine Erhöhung für notwendig erachtet werde. Die Gründungsoffensive sei ein Schwerpunkt in der gegenwärtigen Legislaturperiode und sowohl Bestandteil der Regierungserklärung als auch der Koalitionsvereinbarung. Daraus ergebe sich auch, daß die SPD den Kürzungsvorschlag der CDU-Fraktion nicht für sinnvoll halte, da eine bessere finanzielle Ausstattung dringend erforderlich sei, um die genannten Aspekte in die Tat umzusetzen.

**Laurenz Meyer (CDU)** erläutert, daß das Anliegen des Antrages Nr. 2 von der CDU-Fraktion mitgetragen werden könne. Antrag Nr. 3 würde dann eine Kürzung des Ansatzes um 3,5 Millionen DM statt um 4,5 Millionen DM vorsehen. Die Kürzung beziehe sich auf die Öffentlichkeitsarbeit in Form von Anzeigenkampagnen mit schönen doppelseitigen Bildern im Stern, der Wirtschaftswoche oder im Spiegel. Dieser Haushaltstitel könne entfallen - was nicht bedeute, daß unter Imagegesichtspunkten nicht von Zeit zu Zeit Anzeigenkampagnen nötig sein könnten, sondern daß sie für eine gewisse Zeit ausgesetzt werden sollten -, um im Bereich der Existenzgründung einen Schwerpunkt zu setzen. Dann könne diese Million für die genannten Aspekte, wie zum Beispiel Hot-Line "Gründungsberatung" usw., eingesetzt und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft übertragen werden.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** macht darauf aufmerksam, daß die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im letzten Jahr auf Initiative des Wirtschaftsministers neu geordnet worden sei. Diese Neuordnung habe die Förderung der Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen zunächst zurückgestellt und dem Wirtschaftsministerium wieder als Aufgabe zugewiesen. Die Koalitionsfraktionen hätten sich nun darauf verständigt, daß die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung diese Aufgabe weiterhin wahrnehmen solle. Ihrer Meinung nach müsse man abwarten, wie sich die Neuordnung bewähre, bevor eine Kürzung um 3,5 Millionen DM vorgenommen werde. Sie könne dem Haushalt nicht entnehmen, daß die 4,5 Millionen DM nur für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben werden sollten. Es sei jedoch

sicherlich notwendig, diese Öffentlichkeitsarbeitskampagnen zu überarbeiten, und sie nehme an, daß die GfW auch selbst noch initiativ werde.

**Laurenz Meyer (CDU)** ergänzt, daß im letzten Jahr 4,5 Millionen DM für Anzeigenkampagnen "Inland" ausgegeben worden seien, wie er als Mitglied des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Abrechnung entnommen habe.

**Bodo Hombach (SPD)** ist der Meinung, daß Mittel für Öffentlichkeitsarbeit in diesem Segment außerordentlich wichtig seien, wenn Gründer mobilisiert werden sollten. Die Kritik an der gegenwärtigen Konzeption der Werbekampagnen, die er schon öfters gehört habe, teile er jedoch. Es reiche nicht, schöne Bilder zu veröffentlichen, sondern die Zielrichtung müsse stimmen. Er würde es begrüßen, wenn dies in den Aufsichtsrat der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung getragen werden könne. Die GfW müsse dazu beitragen, daß die Fördermöglichkeiten die Adressaten auch erreichten. Dies sei aber nur über Öffentlichkeitsarbeit möglich, so daß er nicht für Mittelkürzungen in diesem Bereich eintreten könne.

**Karl-Heinz Rusche (SPD)** macht deutlich, daß Werbung Wirtschaftsförderung sei und zur Nachfrage herausfordere. Gut beantwortete Nachfrage Sorge für neue Unternehmen; das bedeute neue Arbeitsplätze. Man wolle mit einer Gründungsinitiative nach vorne; es sei deshalb töricht, 4,5 Millionen DM für Öffentlichkeitsarbeit zu streichen.

**Laurenz Meyer (CDU)** merkt an, daß die Geschäftsführung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung als einzige Entschuldigung für die Anzeigenkampagnen vorgebracht habe, daß diese nicht von ihr zu verantworten seien, sondern eher von der Staatskanzlei. Seiner Meinung nach gebe es Wichtigeres, als solche Anzeigen zu schalten. Gerade in der jetzigen Situation müsse man sich fragen, ob es nicht Kürzungsmöglichkeiten gebe, da von den zusätzlich von SPD und GRÜNEN beantragten 30 Millionen DM für den Haushalt insgesamt nur einige Millionen durch Deckungsvorschläge belegt seien.

**Bodo Hombach (SPD)** stellt noch einmal fest, daß die SPD die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit hier verteidige, deshalb werde der Antrag der CDU auch abgelehnt. Die SPD wolle vielmehr sicherstellen, daß eine neue Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit sich stärker an den eigentlichen wirtschaftspolitischen Interessen orientiere, insbesondere die Gründungsoffensive stärker berücksichtige und unterstütze. Vielleicht gebe es doch einen Weg, dies gemeinsam mit der CDU zu erreichen.

**Laurenz Meyer (CDU)** vermindert die in Antrag Nr. 3 beantragte Kürzungssumme um 1 Million DM auf 3,5 Millionen DM.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** schlägt Loke Mernizka (SPD) und Laurenz Meyer (CDU) vor, sich in der nächsten Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung gemeinsam mit ihr für eine neue Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit stark zu machen. Es sei nicht sinnvoll, Etatkürzungen vorzunehmen, wenn die Möglichkeit bestehe, die Werbekampagne insgesamt noch zugkräftiger zu machen.

**Antrag Nr. 4 (CDU)**

**Kapitel 08 030 Titel 683 40 (neu) - Förderung von Verbundforschung**

**Ansatz 1996: 28 300 000 DM**

und

**Antrag Nr. 14 (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Kapitel 08 040 Titelgruppe 61 - Technologieprogramm Wirtschaft (TPW)**

**685 61 634 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland**

**Erhöhung des Ansatzes 1996 von 54 500 000 DM um 25 Millionen DM**

**Laurenz Meyer (CDU)** verweist auf die schriftliche Begründung des Antrages Nr. 4, in der auch Antrag Nr. 10 als Deckungsvorschlag genannt werde. Es sollten branchenübergreifende Forschungsprojekte unterstützt werden, wobei auch eine Forschungseinrichtung des Landes einbezogen werden solle. Er erhoffe sich eine Verdichtung der Forschungslandschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die einen erheblichen Nachholbedarf hätten.

**Bodo Hombach (SPD)** bringt eine Korrektur bei Antrag Nr. 14 ein: Versehentlich sei der Ansatz für die Gesamttitelgruppe in Höhe von 150 Millionen DM als Ansatz 1996 angegeben worden. Statt der 150 Millionen DM müsse es 54 500 000 DM heißen; bei einer Erhöhung um 25 Millionen DM ergebe sich dann ein Gesamtbetrag von 79 500 000 DM.

Aus Antrag Nr. 14 gehe hervor, daß man dieses Thema gemeinsam angehen könne. Das TPW-Programm solle um 25 Millionen DM erhöht werden. Diese Titelgruppe sei geeignet, dem Anliegen aus Antrag Nr. 4 Rechnung zu tragen, da es sonst Überschneidungen mit dem Wissenschaftsministerium geben könne. Zusätzlich hätten SPD und GRÜNE ein Innovationsprogramm "Forschung" beim Ministerium für Forschung von 6 Millionen DM vorgeschlagen, das auch in diese Richtung gehe. Es handele sich also um knapp 3 Millionen DM mehr, als die CDU mit ihren 28,3 Millionen DM zur Verfügung stellen wolle. In Zukunft müsse man sich bei der Ausfüllung des TPW auch mit der Frage beschäftigen, welches die sinnvollste Form von Forschungstransferleistungen im mittelständischen Bereich sei, um die Beschleunigung von Innovationsprozessen zu erreichen. Er glaube, daß mit dem Antrag, die TPW-Mittel zu erhöhen, auch Antrag Nr. 4 berücksichtigt sei, so daß seine Fraktion Antrag Nr. 4 in dieser Form nicht zustimmen könne.

**Laurenz Meyer (CDU)** schlägt Bodo Hombach (SPD) vor, Antrag Nr. 4 der CDU in Antrag Nr. 14 einzubinden, wenn aus haushaltstechnischen Gründen das TPW die richtige Stelle für das gemeinsame Anliegen sei, insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen Hilfestellung zu leisten, damit branchenübergreifende Lösungen, neue Technologien, Innovationen - mit Unterstützung durch das Land - möglich gemacht werden könnten.

**Bodo Hombach (SPD) und Alexandra Landsberg (GRÜNE)** empfehlen folgendes Vorgehen: Die CDU könne ihren Antrag Nr. 4 zurückziehen. Die Begründung zu diesem Antrag werde in die Begründung des Antrages Nr. 14 auf S. 2 unter dem Stichwort "Beschleunigung des Innovationsprozesses" mitaufgenommen. Hinsichtlich der in der Begründung gegebenen Quantifizierung von 25 % der Forschungskosten solle allerdings ein Prüfauftrag erteilt werden. Das Ministerium würde gebeten, konzeptionelle Vorschläge zu machen, wie der Inhalt des Antrages Nr. 4 im Rahmen des TPW-Programms umgesetzt werden könne.

Auf die Nachfrage von **Minister Wolfgang Clement**, ob das bedeute, daß die 25 Millionen DM für das TPW allein für diese Aufgaben reserviert sein sollten, präzisiert **Bodo Hombach (SPD)**, daß das Konzept des Antrags Nr. 4 in einer problemlösenden Größenordnung in das TPW eingebaut werden solle, da Antrag Nr. 14 noch andere Positionen enthalte.

**Laurenz Meyer (CDU)** führt dazu aus, daß die CDU diesen weiteren Positionen - bis auf den Punkt "Sozialverträgliche Technikgestaltung", der seiner Meinung nach nicht hierher gehöre - ebenfalls zustimmen könne. Das Zusammenbinden der beiden Anträge Nr. 4 und Nr. 14 sei ein Einstieg in eine Verbundforschungsinitiative. Wieviel Geld dafür am Anfang benötigt werde, müsse man sehen. Innerhalb des TPW sei genügend Spielraum vorhanden, auch mit gegenseitiger Deckungsfähigkeit, so daß es nicht darauf ankomme, im ersten Schritt 25 Millionen DM festzuschreiben.

Er erklärt, daß die CDU-Fraktion ihren Antrag Nr. 4 zurückziehe, wenn ihre Begründung im Antrag Nr. 14 der SPD/DIE GRÜNEN als zusätzliche Verwendung der vorgesehenen 25 Millionen DM mitaufgenommen werde. Die Festlegung auf 25 % der Forschungsvorhaben werde gestrichen; das Ministerium solle, wie Kollege Hombach vorgeschlagen habe, die Größenordnung untersuchen, dann werde gemeinsam darüber gesprochen.

**Antrag Nr. 5 (CDU)****Kapitel 08 030 Titel 685 13 - Landesförderprogramm "Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe"**

**Ausbringung eines Haushaltsvermerks: Der Haushaltsansatz kann in Höhe von jeweils 15 Millionen DM aus den Mitteln der Titelgruppe 61 sowie der Titelgruppe 61 bei Kapitel 08 040 verstärkt werden.**

**Laurenz Meyer (CDU)** bemerkt, daß dieses Thema in der letzten Sitzung ausführlich diskutiert worden sei; deshalb erübrige sich jetzt eine weitere Begründung.

**Bodo Hombach (SPD)** ist der Meinung, daß alle Fraktionen sich gemeinsam dieser Frage stellen müßten. SPD/DIE GRÜNEN seien allerdings übereingekommen, zunächst die Erfahrungen mit der Meistergründungsprämie abzuwarten, um dann zu entscheiden, ob eine Ausdehnung dieser Mittel sinnvoll sei. Hinzu komme die knappe Haushaltssituation, so daß es für dieses wünschenswerte Programm im Augenblick noch keine hinreichende Begründung gebe.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** schließt sich dieser Argumentation an. Außerdem gibt sie zu bedenken, warum sich die Ausdehnung der Meistergründungsprämie auf innovative technologieorientierte Bereiche beschränken solle, in denen Frauen häufig unterrepräsentiert seien. Sie erinnert an den wichtigen Ausbildungsberuf der Floristin. Dies sei eine Existenzgründungsmöglichkeit, die bisher nicht durch eine Meistergründungsprämie gefördert werden könne. Zudem vertrete sie die Auffassung, daß die Größenordnung von 15 Millionen DM für die Programme, die im Antrag genannt seien, nicht ausreichen. Aus den genannten Gründen halte sie den Antrag noch nicht für beschlußfähig.

**Karl-Heinz Rusche (SPD)** betrachtet den Antrag der CDU als entbehrlich, da seine Aufgaben bereits von erfreulichen Programmen in anderen Bereichen übernommen würden. Gerade in Nordrhein-Westfalen liege in bestimmten Bereichen die regionale Wirtschaftsförderung bei Existenzgründungen in der Spitze bei 23 %. In der letzten Sitzung habe man sich damit beschäftigt, daß das Kabinett schon entschieden habe, ca. 150 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Für jeden Existenzgründer sei damit eine Risikokapitalabsicherung bis zu 100 000 DM bei 6,5 bis 7 % Zinsen möglich, die über die Westdeutsche Landesbank abgewickelt werde. Außerdem gebe es weitere Subventionen in Form von Zinsverbilligungsmaßnahmen, die in der günstigsten Region - alle Fördermöglichkeiten zusammengenommen - bis zu 80 % betrage.

**Antrag Nr. 6 (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Kapitel 08 030 - Einrichtung eines neuen Titels: Titel 685 14 - Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk"****Neuer Ansatz: 4 Millionen DM****Neue VE: 2 Millionen DM**

in Verbindung mit

**Antrag Nr. 12 (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Kapitel 08 030 Titelgruppe 72 - Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung****Reduzierung des Ansatzes von Titel 893 12 von 2 900 000 DM um 2 Millionen DM****Reduzierung der VE des Titels 893 72 von 4 300 000 DM um 2 Millionen DM**

Den Antrag Nr. 12 ergänzt **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** um den fehlenden Titel 893 72.

Sie erläutert zu Antrag Nr. 6, daß mit diesem neuen Titel eine Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" in die Wege geleitet werden solle, da Frauen nach wie vor in technischen und handwerklichen Berufen einen schweren Stand hätten. Eine eindrucksvolle Studie des Frauenministeriums zeige zwar, daß sich in den vergangenen Jahren eine leichte Besserung ergeben habe; nach wie vor hätten Frauen jedoch durch ihre Erziehung und viele andere Gründe nicht soviel Interesse an handwerklichen und technischen Berufen. Das müsse geändert werden.

Dem Wirtschaftsministerium lägen schon verschiedenste Anträge vor, wie man in diesem Bereich für Mädchen und Frauen Anreize schaffen könne und wie man möglicherweise männlichen Arbeitgebern nahebringen könne, daß Mädchen und junge Frauen durchaus in der Lage seien, für den Betrieb gewinnbringend zu arbeiten. Sie würde sich freuen, wenn die CDU diesen Antrag unterstützte, zumal alle Frauen des Wirtschaftsausschusses sich darauf verständigt hätten, sich im Mai zum ersten Mal zu einem runden Tisch für "Frauen im Handwerk" zusammenzufinden. In dieser Runde solle darüber beraten werden, wie Frauen bei den erwähnten Schwierigkeiten besser unterstützt werden könnten.

**Laurenz Meyer (CDU)** bemängelt, mit diesem Antrag, der in Zusammenhang mit Antrag Nr. 12 zu sehen sei, finde lediglich eine Verlagerung von "Weiterbildung für Frauen" zu "Öffentlichkeitsarbeit für Frauen" statt, die die CDU nicht unterstützen könne.

**Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD)** begrüßt ausdrücklich, daß ein eigener Haushaltstitel für dieses wichtige Thema vorgesehen sei. Es müßten neue Wege gefunden werden, Frauen für eine entsprechende Berufswahl zu motivieren. Trotz besseren theoretischen Wissens wählten junge Frauen weiterhin traditionell ihre Berufe. Es handele sich um ein wichtiges Arbeitsfeld, damit Frauen mit ihrem Einkommen auch auskommen könnten.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** präzisiert ihre Ausführungen, die Tätigkeit von Frauen in technischen und handwerklichen Berufen zu forcieren. Der Antrag sehe dafür 4 Millionen DM vor sowie 2 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen. Der Wirtschaftsminister habe in Kapitel 08 030 Titelgruppe 72 Titel 685 72 bereits 2 Millionen DM eingestellt sowie 2 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen unter Titel 893 72 vorgesehen, wie sich aus S. 118 des Entwurfes des Haushaltsplans 1996, Einzelplan 08, ergebe. Diese Verpflichtungsermächtigung und eine Erhöhung des Ansatzes von 2 auf 4 Millionen DM solle zu einer Landesinitiative umgeschichtet werden, um diesem Anliegen eine eigene politische Bedeutung zu geben. Diese Umschichtung gehe aus Antrag Nr. 12 hervor.

Nicht nur die berufliche Weiterbildung von Frauen sei angesprochen, sondern es solle auch die Motivation von Frauen und Mädchen in Schule und Freizeit für diese Bereiche gestärkt werden. Es gebe viele derartige Projekte in Freizeit- und Jugendeinrichtungen, z. B. ein Projekt in Bielefeld, das sich mit dem Bau einer "Ökolaube" beschäftige. In der letzten Sitzung habe man von LMR Kämpgen gehört, daß der Titel möglichst offen gewünscht werde, damit von den Frauen - und auch Männern -, die die Projekte in den Städten Nordrhein-Westfalens umsetzen, viel Eigeninitiative entwickelt werden könne.

Es gehe auch darum, zum Beispiel mit dem Landesarbeitsamt Kontakte zu knüpfen, um Berufswahlbroschüren zu überarbeiten, damit nicht nur die Schneiderin und der Kfz-Mechaniker erwähnt werde, sondern das Problem der Berufswahl insgesamt breiter angelegt werden solle. Es sei beabsichtigt, dies zu einem Arbeitsfeld des Wirtschaftsministeriums zu machen, um auch die Kreativität des Wirtschaftsministers herauszufordern, der dann die Möglichkeit habe, diese Landesinitiative noch weiter auszubauen.

**Ilka Keller (CDU)** erklärt, daß die CDU sich nicht gegen neue Berufsfelder für Frauen aussprechen wolle, sie habe jedoch Bedenken, daß das Geld für Broschüren, Pressekampagnen usw. ausgegeben werde.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** stellt klar, daß es bei der Landesinitiative nicht um die Finanzierung von Broschüren usw. gehe. Dem Wirtschaftsministerium lägen über zehn Projekte vor, die in diesem Bereich aktiv seien bzw. werden wollten. Als Beispiele führt sie das Handwerkerinnenhaus in Köln für Mädchen in der Berufsfindungsphase an, das Berufsfindungskurse, zum Beispiel als Tischlerin, anbiete, oder die Probierwerkstatt für Mädchen in Castrop-Rauxel, wo in Kursen besondere handwerkliche Fähigkeiten erlernt werden könnten. Sie berichtet auch über ein Projekt im Münsterland für Gesellinnen, die die erforderlichen Gesellinnenjahre für die Meisterinnenprüfung noch nicht zusammenbekommen hätten. Ihnen werde an alten Fachwerkhäusern eine Qualifizierungsmaßnahme ermöglicht. Dies seien einige Beispiele für bereits bestehende Projekte in Nordrhein-Westfalen; Beispiele für die Kreativität und die Aktivität von Frauen.

**Helga Gießelmann (SPD)** ergänzt, daß eine ganze Reihe von Broschüren und Einstiegsliteratur vorliege. Auch die Frauenministerin habe mit ihrer Reihe "Wir werden, was wir wollen" gute Ergebnisse erzielt. Es gehe um praktische Umsetzungsmöglichkeiten, und etliche Initiativen gingen über Hochglanzbroschüren hinaus. Sie schlägt vor, sich diesen Bereich "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" in diesem Ausschuß einmal gesondert vorzunehmen.

Bei dem vorhin erwähnten "Ökolauben-Projekt" handele es sich eigentlich um einen Mädchentreff im Rahmen der freien Jugendarbeit. Dabei solle Freizeitverhalten mit ökologischen Erkenntnissen und technischen Fertigkeiten verbunden werden. Es würden auch Solaranlagen gebaut. Dies sei als Einstiegsmodell zur Berufswahlorientierung denkbar, da der Berufsfindungsprozeß beeinflusst werde. Untersuchungen hätten gezeigt, daß Mädchen in der 7. und 8. Klasse noch relativ offen für ein breites Berufsspektrum seien und durchaus auch Lokomotivführerin werden wollten. Diese Projekte müßten in dieser Phase Weichen stellen, damit die Mädchen bei ihrer endgültigen Berufswahl nicht doch den einfacheren Weg der Verkäuferin wählten. Auch die Betriebe müßten ermutigt werden, hier mitzumachen.

Auf die Frage von **Fritz Kollorz (CDU)** zur Haushaltsgestaltung, ob dieser Antrag der Einstieg dafür sei, daß künftig jede Landesinitiative einen eigenen Haushaltsposten erhalten solle, antwortet **Alexandra Landsberg (GRÜNE)**, wichtige politische Initiativen bekämen einen eigenen Haushaltstitel. DIE GRÜNEN hielten diese Initiative für wichtig.

**Laurenz Meyer (CDU)** erklärt, daß er diesen eigenen Haushaltstitel befürworte, da er einen großen Erfolg für die Frauen darstelle. Der Erhöhung des Ansatzes um 2 Millionen DM auf 4 Millionen DM könne jedoch nicht zugestimmt werden, da es schon schwierig gewesen sei, für die bisherigen 900 000 DM im Haushalt 1995 eine Verwendungsmöglichkeit zu finden, so daß unter Haushaltsgesichtspunkten neue Schulden nicht angebracht seien. Aus der Sicht der CDU genügten daher die VE von 2 Millionen DM sowie die Erhöhung des bisherigen Ansatzes um 2 Millionen DM auf 2 900 000 DM, wie sie ursprünglich im Haushaltsentwurf auf S. 118 vorgesehen gewesen sei. Die CDU könne deshalb dem Antrag Nr. 6 nicht zustimmen, wohl aber dem Streichungsantrag Nr. 12.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** betont, daß es sich beim Ansatz von 4 Millionen DM um die absolute Untergrenze handele, die gerade für die Anträge ausreiche, die heute schon vorlägen.

**Antrag Nr. 7 (CDU)****Kapitel 08 030 Titel 831 00 (neu) - Gründung einer Risikokapitalgesellschaft****Ansatz: 50 Millionen DM**

**Laurenz Meyer (CDU)** betrachtet diesen Antrag als Kernstück der Haushaltsanträge der CDU. Bei den 50 Millionen DM handele es sich um eine zeitanteilige Größe, die gewählt worden sei, weil das Jahr schon fortgeschritten sei; mittelfristig wolle die CDU dafür eintreten, 150 Millionen DM für Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag müsse einmalig aufgebaut werden, da die 9 Millionen DM, die im Haushalt vorgesehen seien - darüber sei man sich hier im Ausschuß einig gewesen -, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein seien. Das Stichwort "Risikokapital" werde in den kommenden Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen. Er bittet nachdrücklich um Unterstützung für diesen Kernpunkt der Existenzgründungsförderung.

**Bodo Hombach (SPD)** bittet die Landesregierung um Auskunft, ob es bisher einen Mangel an Risikokapital und den zugehörigen Zinsverbilligungen usw. gegeben habe.

**Minister Wolfgang Clement** bestätigt dies. Die Bundesregierung habe zugesagt, im Bündnis für Arbeit die Voraussetzungen zu schaffen, diesen Mangel zu beseitigen. Dies solle im Aktionsprogramm des Bundes umgesetzt werden. Es seien maßgebliche Schritte zur Förderung von Risikokapital angekündigt. Aus diesem Grunde halte er es für sehr empfehlenswert abzuwarten, was der Bund auf diesem Feld zu tun gedenke.

Der Haushalt sehe 9 Millionen DM für Zinsverbilligungen von stillen Beteiligungen an innovativen Unternehmen vor. Dies umfasse ein Beteiligungskapital von rund 25 Millionen DM, was zugegebenermaßen nicht viel sei. Gleichzeitig sei ein neues Förderprogramm aufgelegt worden, das die Risikoübernahme für eine stille Beteiligung in einem Umfang anbiete, der zwischen 70 und 90 % liege. Dafür stehe ein Garantierahmen von 50 Millionen DM zur Verfügung. Im übrigen habe man sich darüber verständigt, im Nachtragshaushalt einen Bürgschaftsrahmen für die Betriebsmittel bei Existenzgründungen von 160 Millionen DM vorzusehen. Damit sei für die Betriebsmittelfinanzierung Vorsorge getroffen worden; ansonsten solle zunächst der Bund mit seinen Initiativen tätig werden.

**Karl-Heinz Rusche (SPD)** verweist auf seine zum Antrag Nr. 5 gemachten Ausführungen zu den Fördermaßnahmen für Gründerunternehmen. Deshalb halte er - auch unter Berücksichtigung der angekündigten Maßnahmen des Bundes - die Gründung einer Risikokapitalgesellschaft für entbehrlich.

**Minister Wolfgang Clement** ergänzt, daß das Problem nicht darin bestehe, daß im Lande nicht genügend Beteiligungsgesellschaften vorhanden seien; vielmehr gehe es darum, ob entsprechende Kapitalvergünstigungen zur Verfügung stünden. Die Voraussetzungen dafür

wolle der Bund im Rahmen der Steuergesetzgebung schaffen. Er nehme an, daß dieser Punkt nach den Landtagswahlen am 24. März ernsthaft in Angriff genommen werde.

**Dr. Manfred Busch (GRÜNE)** bittet um Aufklärung, in welcher Zeitspanne die anvisierten 150 Millionen DM des Antrages erreicht werden sollten, wie die Finanzierung erfolgen solle und welche Beteiligungen des Landes zum Verkauf von der CDU ins Auge gefaßt worden seien. Warum könne erwartet werden, daß noch in diesem Jahr Mittel zur Verfügung ständen?

**Laurenz Meyer (CDU)** antwortet, daß der Verkauf von Beteiligungen des Landes im Bereich von Flughäfen, der Westdeutschen Landesbank usw. vorgesehen sei. Insgesamt handele es sich um Verkaufserlöse von rund 1 Milliarde DM; gerne könne er die Vorschlagsliste der CDU allen vorlegen. Damit werde ein intelligenterer Einsatz des Landesvermögens möglich.

Als Einstieg in die Risikokapitalbildung seien in diesem Jahr 50 Millionen DM vorgesehen, im nächsten Jahr könnten dann unter Umständen die erforderlichen weiteren 100 Millionen DM in diese Haushaltsposition eingestellt werden. Obwohl auf Bundesebene größere Summen zur Verfügung gestellt werden sollten - im Gespräch seien mittelfristig insgesamt 900 Millionen DM -, seien die Länder aufgefordert, sich mit eigenen komplementären Mitteln zu beteiligen, die über die im Haushalt vorgesehenen 9 Millionen DM hinausgehen müßten, um die Zielrichtung mit zu beeinflussen.

Dazu sei ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, das von drei Jahren Steuerfreiheit, die er nicht favorisiere, bis hin zu der alternativen Möglichkeit, entsprechende Steuererleichterungen für die Kapitalbildung von kleinen und mittleren Unternehmen vorzunehmen - was seiner Meinung nach die bessere Alternative sei -, reiche. Die CDU wolle mit ihrem Antrag dazu beitragen, daß der Ansatz des Wirtschaftsministers in einer dem Lande adäquaten Höhe ausgestattet werden könne. 9 Millionen DM seien vielleicht die richtige Größe für eine etwas größere Stadt, aber doch nicht für das gesamte Land Nordrhein-Westfalen.

**Minister Wolfgang Clement** unterstreicht, es sei unbestritten, daß in größerem Maße als bisher Risikokapital mobilisiert werden müsse. Trotzdem gelte es abzuwarten, was auf Bundesebene - er hoffe, bis zum Sommer - entschieden werde. Dann könne beschlossen werden, was noch fehle. Es werde auf Bundesebene entsprechende Kreditprogramme geben; er halte es für den besten Vorschlag, wenn sich das Land bis dahin zunächst einmal auf die Förderung von Betriebsmitteln konzentrierte.

Er macht zudem darauf aufmerksam, daß die Landesregierung nicht für steuerliche Sondertatbestände votiere, sondern diese eher abschaffen wolle, um die Besteuerung insgesamt zu senken, insbesondere den Spitzensteuersatz. Wenn das auf Bundesebene nicht stattfände, müßte über andere Formen der Risikokapitalförderung nachgedacht werden, die nicht nur über das Steuerrecht zu erreichen seien. Wenn mit dem Finanzminister Übereinstimmung erzielt werden könnte, wäre es vermutlich auf Landesebene möglich, vor den Betriebsmitteln auch schon bei den Investitionsmitteln den Bürgschafts- und Garantierahmen zu erweitern.

Diese Überlegungen machten jedoch keinen Sinn, solange der Rahmen auf Bundesebene noch nicht vorgegeben sei.

**Bodo Hombach (SPD)** stellt fest, die SPD könne dem Vorschlag, Erlöse aus der Privatisierung von Landesvermögen für die Bereitstellung von Risikokapital zu verwenden, nicht folgen. Er verweist auf ähnliche Vorschläge im bayerischen Landtag, die dort erhebliche Unruhe ausgelöst hätten. Für SPD/DIE GRÜNEN sei das Thema der Risikokapitalbildung ein wichtiges politisches Anliegen, für das in der künftigen parlamentarischen Arbeit geeignete Wege gefunden werden müßten. Im Augenblick empfehle er, dem Vorschlag des Ministers zu folgen, die Entscheidungen in Bonn abzuwarten.

**Antrag Nr. 8 (CDU)**

**Kapital 08 030 Titel 862 10 (neu)**

**Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen**

**Ansatz 1996: 50 Millionen DM**

**Laurenz Meyer (CDU)** verweist auf die Begründung des Antrages, insbesondere darauf, daß Betriebsverlagerungen in die Förderung einbezogen werden sollten. Es würden zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, wenn junge Betriebe, die sich aus kommunalpolitischen Gründen oder Umwelterfordernissen nicht ausdehnen könnten, ihren Betrieb verlagerten. Wenn Betriebsverlagerungen nicht mehr gefördert werden sollten - wie es in der Koalitionsvereinbarung enthalten sei -, hätte das verheerende wirtschaftspolitische Auswirkungen. In der Vergangenheit seien in Ausnahmefällen, wenn zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden seien, Betriebsverlagerungen gefördert worden. Mit Hilfe dieses neuen Titels solle Landesvermögen intelligenter eingesetzt werden.

**Minister Wolfgang Clement** stellt richtig, daß die Koalitionsvereinbarung, in der eine Grundsatzaussage zu Betriebsverlagerungen innerhalb des Landes NRW getroffen worden sei, keinesfalls ausschließe, daß in Einzelfällen, in denen es beispielsweise um den Zugewinn von Arbeitsplätzen gehe oder ein bestimmtes Gebiet nicht mehr in gewünschter Weise gewerblich genutzt werden könne, Betriebsverlagerungen nicht trotzdem gefördert werden könnten. Verhindert werden solle lediglich, daß Betriebsverlagerungen nur deshalb vorgenommen würden, um Vorteile der Förderung in bestimmten Regionen NRWs in Anspruch zu nehmen.

In der Vergangenheit sei dieses Problem öfter aufgetreten. Insbesondere Wuppertal sei davon betroffen gewesen, weil die Unternehmen ins Ruhrgebiet abgewandert seien, um die höhere Förderung zu nutzen, was nicht im Interesse des Landes und der Städte sei. Deshalb sei in der Koalitionsaussage diese prinzipielle Einschränkung vorgenommen worden; die vorgetragene Kritik an dieser Vereinbarung sei also nicht berechtigt.

Auf das Argument von **Laurenz Meyer (CDU)**, daß man dann die regionale Wirtschaftsförderung abschaffen sollte, wirft **Minister Wolfgang Clement** ein, daß es im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung nicht beabsichtigt sei, daß ein Unternehmen von Wuppertal nach Hattingen oder Sprockhövel gehe. Etwa die Hälfte der Darlehensförderung gehe an Betriebe, die aus andern Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen kämen. Betriebsverlagerungen innerhalb des Landes - auch innerhalb von Städten -, die Arbeitsplätze schafften, würden jedoch nach wie vor gefördert.

**Laurenz Meyer (CDU)** räumt ein, daß die Koalitionsaussage zu Betriebsverlagerungen bisher anders angekommen sei. Die Förderung sei jedoch in der Vergangenheit sehr restriktiv gehandhabt worden, so daß die CDU erhebliche Mittelausweitungen, wie in Antrag Nr. 8 dargelegt, für sinnvoll halte.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** schließt sich den Ausführungen des Ministers an und verweist auf S. 79 des Haushaltsplanentwurfes, wo klar ausgewiesen sei, daß Nordrhein-Westfalen Betriebsverlagerungen fördere, wenn sie bestimmte Kriterien, die der Minister gerade ausgeführt habe, erfüllten. Eine restriktive Handhabung sei in bestimmten Fällen aus den genannten Gründen erforderlich.

**Bodo Hombach (SPD)** führt aus, er wisse aus der Praxis, daß die Unternehmen, die mehr Arbeitskräfte einstellen müßten, größere Grundstücke brauchten, neue Investitionen in Gebäude tätigten, meist sehr ertragsstarke Unternehmen seien, die sich ohne Förderung verlagerten. Sie benötigten keine Förderung; diese solle ihnen auch nicht nachgeworfen werden. Wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt seien, müsse sorgfältig abgewogen werden. Man könne nicht mit Steuermitteln Standortkonkurrenzen eröffnen, die sich nicht aus der Notwendigkeit der Wirtschaftsansiedlung selbst ergäben. Er sei der Auffassung, daß man es bei den vorgesehenen Mitteln für Betriebsverlagerungen belassen könne.

**Karl-Heinz Rusche (SPD)** mahnt an, eine so ausführliche Diskussion über Betriebsverlagerungen sei nicht nötig, da nun klar sei, daß Betriebsverlagerungen nach wie vor gefördert würden.

**Laurenz Meyer (CDU)** drückt sein Unverständnis darüber aus, daß der Wirtschaftsminister und Kollege Hombach nicht geradezu glücklich über seinen Antrag seien. Im letzten Haushalt seien 27 Millionen DM für Darlehen zur Förderung von Existenzgründungen in kleinen und mittleren Unternehmen eingestellt gewesen. Dieser Ansatz habe nicht ausgereicht, 1995 seien gut 39 Millionen DM gebraucht worden; der Fehlbetrag sei aus anderen Bereichen aufgestockt worden. Nun wolle der Wirtschaftsminister gegenüber der bisherigen Mittelverwendung noch 5 Millionen DM für einen Bürgschaftsrahmen für Betriebsmittelkredite - den die CDU auch unterstütze - aus diesem Ansatz bestreiten.

Damit werde ausgerechnet der Existenzgründungsansatz gekürzt, den der Wirtschaftsminister wie eine Fahne vor sich hertrage. Die CDU halte es für unabdingbar, gerade die Position für die Existenzgründungsförderung aufzustocken, wenn Existenzgründungen ernsthaft forciert werden sollten. Dies unterstütze auch die Bemühungen von Minister Clement, im Lande für Existenzgründungen zu werben, damit er nicht nur über das Thema reden, sondern es auch durchführen könne. Über den Betrag könne man sich noch verständigen, es müßten ja nicht unbedingt 50 Millionen DM sein.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** stellt klar, daß im letzten Haushalt 27 Millionen DM für diesen Bereich zur Verfügung gestanden hätten, die aus Resten um gut 12 Millionen DM auf über 39 Millionen DM aufgestockt worden seien. Deshalb sollten 1996 40 Millionen DM bereitgestellt werden, die um 5 Millionen DM gekürzt worden seien; fehlende Mittel würden wieder aus Resten finanziert.

Auf die Einlassung **Laurenz Meyers (CDU)**, die Klarstellung des Ministers stütze seine These, daß in diesem Bereich 1996 durch die daraus entnommenen 5 Millionen DM weniger zur Verfügung stehe als 1995, wirft **Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** ein, daß diese 5 Millionen DM wiederum Darlehen in einer Größenordnung von 160 Millionen DM mobilisierten.

**Wilfried Bergerhoff (SPD)** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig - auch aus eigenen Erfahrungen - gerade Betriebsmittelkredite seien. Wenn die Finanzierung nach der Existenzgründung beim Einkauf von Materialien eng werde und der Kontokorrentkredit überzogen werde, seien die Banken schnell nicht mehr bereit mitzuziehen. In diesem Bereiche gäben die Betriebsmittelkredite den Existenzgründern die notwendige wirtschaftliche Bewegungsfreiheit. Auch der Zinsunterschied zwischen Kontokorrent- und Betriebsmittelkredit sei gewaltig: 6,5 % gegenüber ca. 12 %.

#### **Antrag Nr. 9 (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Kapitel 08 030 Titelgruppe 60 - Förderung eines modernen Managements, Beratungen für kleine und mittlere Unternehmen (Programm "Impulse für die Wirtschaft", Förderbaustein "Beratung" und Coaching-Programm für Existenzgründer) und sonstige Maßnahmen zur Leistungssteigerung im Mittelstand (Änderungen der Zweckbestimmung sind unterstrichen)**

**Erhöhung des Ansatzes 1996 bei Titel 685 60 von 4 800 000 DM um 3 Millionen DM**

**Laurenz Meyer (CDU)** fragt nach, worin der Unterschied zwischen Beratung und Coaching bestehe. Außerdem möchte er Einzelheiten zur Abwicklung erfahren, z. B., ob die Zuschüsse an die Industrie- und Handelskammern und Handwerkerschaften gingen oder an einzelne Coaches direkt.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** beantwortet die erste Frage: Beratung finde vorwiegend vor und während der Gründung statt; Coaching beziehe sich insbesondere auf die Beratung in den ersten beiden Jahren nach der Gründung. Ein Hauptziel sei dabei, die hohen Insolvenz-zahlen nach der Gründung deutlich zu senken. Aus diesem Grunde sei dies ein wichtiger Haushaltsansatz, der auch bei einem Gespräch ihrer Fraktion mit Handwerksvertretern großes Interesse gefunden habe. Von dort sei sogar der Vorschlag gekommen, ein solches Programm speziell für Existenzgründerinnen anzubieten.

Zur Verfahrensabwicklung antwortet **Minister Wolfgang Clement**, daß sowohl Beratung von Unternehmen als auch von Kammern gefördert werde. Da Coaching ein sehr weiter Begriff sei, müßten allerdings Kriterien entwickelt werden, um diesen Begriff einzugrenzen, und das sogenannte "Beratungsunwesen" zu verhindern. Er habe mit den Hauptgeschäftsführern der Industrie- und Handelskammern zusammengesessen, die auch die Sorge hätten, daß die Mittel fehlgeleitet würden. Im übrigen sei vorgesehen, daß die Arbeitsverwaltung vorzeitig ausgeschiedene Manager benenne, die dann für solche Coaching-Aufgaben zur Verfügung ständen und von ihr für zwei Jahre finanziert würden. Die WestLB und die WGZ-Bank hätten zugesagt, die in Frage kommenden Personen auf ihre Aufgaben vorzubereiten.

Auf den Hinweis von **Ilka Keller (CDU)**, daß das Geld nur verpulvert werde, wenn den Gründern nicht wirklicher Managementsachverstand zur Verfügung gestellt werde, erwidert **Minister Wolfgang Clement**, daß er guten Mutes sei, daß es durch die gerade eingeleiteten Maßnahmen, die Gründer sachkundig ein Stück weit zu begleiten, gelingen werde, das gewaltige Problem der Beständigkeit von Gründungen in den Griff zu bekommen.

**Antrag Nr. 10 (CDU)**

**Kapitel 08 030 Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für die vom Kohlerückzug betroffenen Regionen**

**Titel 698 61 - Zuschüsse für die Gründung und den Erhalt von Stiftungen**

**Streichung des Ansatzes 1996 von 28 300 000 DM**

und

**Antrag Nr. 11 (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Kapitel 08 030 Titelgruppe 61 Titel 698 61**

**Kürzung des Ansatzes 1996 von 28 300 000 DM um 8 300 000 DM**

**Laurenz Meyer (CDU)** trägt vor, daß dieser Antrag Nr. 10 zur Finanzierung des Antrags Nr. 4, der Aufstockung des TPW, diene, das die CDU für sinnvoller halte, als Stiftungen zu gründen bzw. zu erhalten.

**Minister Wolfgang Clement** erläutert, hierbei handele es sich nicht nur um die Gründung von Stiftungen. Zum einen gehe es um die Industriedenkmalstiftung. Diese Diskussion habe hier schon stattgefunden; die Mittel seien dazu gedacht, Industriedenkmäler gemeinsam mit der Ruhrkohle bewahren zu können. Man habe erreicht, daß Industriedenkmäler mehr ins Bewußtsein gerückt seien, was seiner Meinung nach ein sehr wichtiger Schritt sei. Diese Mittel seien gebunden.

Zum andern gehe es um die Von-Wrangel-Stiftung, die die Transferleistungen der An-Institute der Fachhochschulen koordinieren solle. Die dafür vorgesehenen Mittel seien zunächst gestrichen. Da noch nicht genügend Eigenkapital, das von privater Seite beigebracht werden müsse, vorhanden sei, könnten diese Mittel anderweitig genutzt werden, da die Ausgaben für die Bergbaurückzugsgebiete gegenseitig deckungsfähig seien. Sobald das private Eigenkapital für die Von-Wrangel-Stiftung zur Verfügung stehe, werde man in der Lage sein, diese 8,3 Millionen DM aus einem anderen Titel aufzubringen. Für den Gesamtrahmen des Bergbaurückzugsgebiete-Programms von rund 903 Millionen DM gelte die Zusage, daß dieser nicht gekürzt werde, sondern durch den hier vorliegenden Antrag nur gestreckt werde.

Auf Nachfrage von **Laurenz Meyer (CDU)** bestätigt der **Minister**, daß die Gelder für die Industriedenkmal-Stiftung selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Parlamentes gebunden seien.

#### **Antrag Nr. 13 (CDU)**

##### **Kapitel 08 030 Titelgruppe 75 - Förderung der Außenwirtschaft**

##### **Erhöhung des Ansatzes 1996 von 9 Millionen DM um 10 Millionen DM**

**Laurenz Meyer (CDU)** erklärt, er gehe davon aus, daß man sich über die Sachnotwendigkeit nicht streiten müsse. Über die Höhe des Betrages könne man reden, die CDU halte nicht an den 10 Millionen DM fest, der Betrag könne auch geringfügig niedriger sein. Wesentlich sei nur, die Anstrengungen zu verstärken, um die Voraussetzungen für weitere Gemeinschafts-initiativen für mittelständische Unternehmen im Ausland zu schaffen. Stichworte seien: Deutsches Haus in Singapur als Vergleich für andere Regionen, Unterstützung von Auslandsmessen.

#### **Antrag Nr. 15 (CDU)**

##### **Kapitel 08 040 Titelgruppe 61 - Technologieprogramm Wirtschaft (TPW)**

##### **Titel 697 61: Kürzung des Ansatzes 1996 von 14 Millionen DM für Zuschüsse für Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen um 10 Millionen DM**

**Laurenz Meyer (CDU)** erläutert, dieser Antrag habe zur Deckung der anderen CDU-Anträge, die abgelehnt worden seien, gedient. Deshalb ziche er den Antrag zurück.

**Antrag Nr. 16 (CDU)****Kapitel 08 040 Titelgruppe 61 Titel 831 61 (neu) - Gründung einer Technologietransfer-agentur NRW****Ansatz: 4 500 000 DM**

**Laurenz Meyer (CDU)** macht deutlich, daß sich nach Meinung seiner Fraktion über kurz oder lang die Notwendigkeit ergebe, eine solche Kopfstelle für alle Technologiezentren einzurichten.

**Bodo Hombach (SPD)** teilt mit, daß die SPD der Auffassung sei, eine solche Koordinierungsstelle sei zur Zeit noch unnötig. Man setze vielmehr auf Dezentralität. Er werde sich diesen CDU-Vorschlag notieren, um später dem Vorwurf der Überbürokratisierung und Zentralisierung entgegenzutreten zu können, falls die SPD eine solche Koordinierungsstelle - zusätzlich zu ZENIT oder anderen bereits bestehenden Institutionen - einmal für notwendig erachten sollte.

Vor der Gesamtabstimmung über den Einzelplan 08 gibt **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** folgende persönliche Erklärung ab:

Der Landesparteirat unserer Partei, das höchste beschlußfassende Gremium zwischen den Parteitag, hat beschlossen, daß wir, sofern in dem Einzelplan des Wirtschaftsministers nach wie vor Ausgaben für den Flughafen Dortmund enthalten sind, diesem Einzelplan nicht zustimmen sollten. Diese Ausgaben sind aber nach wie vor enthalten. In den Beratungen, die im Koalitionsausschuß der Koalitionsfraktionen stattgefunden haben, hat sich nach unserer Ansicht die SPD in dieser Sache nicht bewegt. Es ist für uns ein Gebot der Basisdemokratie, daß wir im Grundsatz diesem Beschluß unseres Landesparteirates folgen.

Wir hatten deswegen gestern in unserer Fraktion eine kontroverse Debatte, ob wir uns an dieser Stelle enthalten oder ob wir dem Wirtschaftshaushalt zustimmen sollten. Unsere Vertreter im Wirtschaftsausschuß haben sich in der Fraktion vehement dafür eingesetzt, daß man sich an dieser Stelle enthalten muß, um auf der einen Seite das Scheitern der Koalition nicht vorwegzunehmen; das kann höchstens eine Frage sein, die unser Landesparteitag berät, der in zwei Wochen tagt. Auf der anderen Seite haben wir auch dieses bindende Votum des Landesparteirates.

Unsere Position hat sich gestern in der Fraktion nicht durchgesetzt. Wie Sie sicherlich der Zeitung entnommen haben, haben wir ein Stimmverhältnis von 13 : 11 gehabt; es ist also sehr knapp ausgegangen. Die Fraktion hat beschlossen, dem Haushalt zuzustimmen.

Ich sitze hier als wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion. Deswegen werde ich als Vertreterin der Fraktion in diesem Ausschuß dem Votum der Fraktion folgen. Herr Busch wird wohl selber noch etwas dazu sagen, wie er sich zu verhalten gedenkt. Ich

werde jedoch hier nur als Vertreterin der Fraktion zustimmen. Als Kölnerin und auch als Vertreterin der Position, die der Landesparteirat beschlossen hat, werde ich mich allerdings mit den übrigen zehn Abgeordneten voraussichtlich in der entscheidenden Plenarsitzung zur zweiten Lesung der Stimme enthalten.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE] verläßt vor der Abstimmung den Raum.)

Die Frage von **Laurenz Meyer (CDU)**, ob im Ziel-2-Kapitel konkrete Objekte im einzelnen aufgeführt seien, verneint **Minister Wolfgang Clement**. **Laurenz Meyer (CDU)** macht deutlich, daß die CDU bereit wäre - trotz mancher Kröte, die die CDU im Haushalt schlucken müßte -, dem Haushalt zuzustimmen, wenn Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen, die die CDU für unverzichtbar notwendig halte, sonst nicht durchgeführt werden könnten, wie z. B. das Projekt "Flughafen Dortmund".

gez. Brüning  
Vorsitzender

Anlage

28.03.1996/17.04.1996

200